



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 16.03.2018

Angelika Glöckner: Entgeltgleichheit ist eine Frage der Gerechtigkeit

Am 18. März ist Equal-Pay-Day – der „Tag für gleiche Bezahlung“ von Frauen und Männern. Er markiert in jedem Jahr symbolisch den Tag der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen: Während Männer bereits ab dem 01.01. für ihre Arbeit bezahlt werden, arbeiten Frauen quasi bis zum 18.03. umsonst – und das für die gleiche bzw. gleichwertige Arbeit! Mit Blick auf die in dieser Woche neu gebildete Regierung fordert die Abgeordnete die zügige Umsetzung mehrerer Vereinbarungen des Koalitionsvertrages, um die finanzielle Situation von Frauen zu verbessern und damit auch die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen.

„Es ist ungerecht, dass Frauen für die gleiche Arbeit am Ende des Monats im Schnitt 21 Prozent weniger in der Tasche haben als ihre männlichen Kollegen“, mahnt die Abgeordnete. Das niedrigere Einkommen und die oft unfreiwillige Teilzeitarbeit haben weitreichende Folgen. Frauen erzielen im Laufe ihres Erwerbslebens deutlich weniger Einkommen und erhalten dadurch noch weniger Rente. Daher ist das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ein wichtiger Baustein sozialer Gerechtigkeit.

Mit der Einführung des Mindestlohns, dem Gesetz für Entgelttransparenz und der gesetzlichen Regelung für mehr Frauen in Führungspositionen hat die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag bereits wichtige Schritte hin zu mehr Entgeltgleichheit erreicht. Klar ist aber auch: Es müssen weitere Schritte erfolgen, um die Lohnlücke zu schließen.

„Mit den Verabredungen im gerade erst unterzeichneten Koalitionsvertrag werden wir den Lückenschluss beim Lohn schließen“, versichert Angelika Glöckner.

Besonders in den Sozial- und Pflegeberufen, wo viele Frauen arbeiten, ist die Lage angespannt. Bei einem Treffen mit Vertretern der Sozialverbände diese Woche in Berlin, wurde die aktuell schwierige Situation in der Pflege erörtert. Die Abgeordnete sieht im ausgehandelten Koalitionsvertrag richtige Ansätze, um den Pflegenotstand zu beseitigen. Sie fordert die Tarifföhne zu stärken, die finanziellen Ausbildungshürden abzubauen und die Auswirkungen schlechter Entlohnung abzumildern. Das neue Instrument einer Grundrente hilft die Altersarmut zu bekämpfen und die Lebensleistung von Frauen zu honorieren. „Gerade in der Region Pirmasens, Zweibrücken, mit einem vergleichsweise niedrigen Lohnniveau, ist dieser Aspekt für Frauen besonders wichtig.“, betont die Bundestagsabgeordnete abschließend.